

Goldstones Widerruf muss die Welt erschüttern

Der Uno-Untersuchungsbericht zu Israels Militäraktion im Gazastreifen diente als Vorwand, um Israel an den Pranger zu stellen. Nach dem teilweisen Widerruf durch seinen Autor müssen die Regierungen über die Bücher. Von Ronald S. Lauder

Besser spät als nie, aber doch bei weitem nicht ausreichend. Das war wohl der Gedanke vieler Menschen in Israel und der jüdischen Welt, als sie den Beitrag des pensionierten südafrikanischen Richters Richard Goldstone in der «Washington Post» lasen. Darin distanzierte er sich deutlich von wesentlichen Teilen des unrühmlichen Berichts einer Uno-Kommission zu Israels Militäraktion gegen die Hamas-Terroristen im Gazastreifen Ende 2008 / Anfang 2009, welcher er selbst vorsass.

Seit er im September 2009 veröffentlicht wurde, hat der Goldstone-Bericht den Feinden Israels in aller Welt Munition gegeben. Antisemiten aus aller Herren Ländern konnten ebenso frohlocken wie jene Aktivisten, die dem jüdischen Staat seine Existenzberechtigung absprechen.

Haltlose Anschuldigungen

Der Goldstone-Bericht wurde von jenem Uno-Menschenrechtsrat in Auftrag gegeben, in dem die Gegner Israels den Ton angeben. Jetzt plötzlich erfährt nun die Welt, dass der Hauptautor selbst seinen Report nicht mehr ertragen kann. So schreibt Richard Goldstone, er wisse nun, dass die zentrale Anschuldigung – nämlich, dass es Israels Politik war, gezielt Zivilisten in Gaza unter Beschuss zu nehmen – völlig haltlos gewesen sei.

Im Lichte der von Israel vorgelegten Fakten und Beweise räumt Goldstone ein, dass die Untersuchungskommission wahrscheinlich zu einem anderen Urteil hinsichtlich der Vorwürfe gelangt wäre, die israelische Armee habe absichtlich Zivilisten angegriffen und Kriegsverbrechen oder gar Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen.

Dieses Eingeständnis ist von zentraler Bedeutung und kommt spät, sehr spät. Man muss froh sein, dass Goldstone überhaupt zu dieser Erkenntnis gekommen ist. Dennoch: Ein blosser Ausdruck des Bedauerns reicht bei weitem nicht.

Man darf nicht vergessen, dass seit Monaten dieser Goldstone-Bericht die amtliche Grundlage für eine Kampagne in der ganzen Welt liefert, in der israelische Politiker und führende Militärs bezichtigt werden. «Kriegsverbrechen» begangen zu haben. Das mindeste, was Goldstone jetzt tun müsste, ist, öffentlich die Vereinten Nationen aufzufordern, seinen Bericht zurückzuziehen. Den diversen Uno-Gremien dient das Papier immer noch als Vorwand, Israel ständig an den Pranger zu stellen. Am besten wäre es, wenn Goldstone dies direkt im Uno-Menschenrechtsrat täte und dessen Vorsitzenden aufforderte, es ihm gleichzutun.

Doch es gilt noch andere Aspekte zu berücksichtigen, die wichtiger sind als die Gewissensbisse eines – teilweise – reuigen ehemaligen Richters. Schliesslich sind anständige, ehrliche und objektive Beobachter der Lage im Nahen Osten schon längst zu denselben Schlussfolgerungen wie Goldstone gekommen, dass es nämlich zum Beispiel in Israel nicht Regierungspolitik ist, Zivilisten absichtlich unter Beschuss zu nehmen und zu töten. Israel ist eine freiheitliche westliche Demokratie und ein Rechtsstaat, der die Menschenrechte hochhält. Die Menschen dort – auch die israelischen Soldaten – orientieren sich an denselben Grundwerten wie die Bürger anderer westlicher Staaten auch.

Warum sind dennoch so viele Regierungen in der Welt augenscheinlich nur allzu gerne bereit, sich die überzogene Israel-Kritik, wie sie im Goldstone-Bericht zum Ausdruck kommt, zu eigen zu machen? Warum haben so viele Länder in Europa, die sich als Freunde Israels und des jüdischen Volkes bezeichnen, bereitwillig die Weiterleitung des Berichts in den Gremien der Vereinten Nationen befördert und zuletzt gar in der Vollversammlung für ihn gestimmt? Warum haben die Freunde des jüdischen Staates bereitwillig die üble Nachrede geglaubt? Warum ist niemand aufgestanden, um offenkundig falsche Anschuldigungen und Schmähungen an die Adresse Israels in aller Deutlichkeit

zurückzuweisen? Warum wurde Israel auf eine Ebene gestellt (ja vielleicht sogar noch ein Stückchen darunter) mit der Hamas, einer Organisation, die sich die Auslöschung des jüdischen Staates auf die Fahnen geschrieben hat und die in ihrer Gründungscharta ganz offen die notorischen «Protokolle der Weisen von Zion» als Inspiration für den Kampf gegen die Juden in Palästina nennt, obwohl seit Jahrzehnten doch jeder weiss, dass diese das Machwerk eines Antisemiten waren?

Haltung gegenüber Israel überdenken

Nein, es ist nicht nur Richard Goldstone, der sich entschuldigen muss, sondern auch all jene Regierungen in Europa und anderswo, die seinen Bericht für bare Münze genommen haben.

Wenn denn noch etwas Gutes aus dieser Affäre erwachsen soll, welche Israel zu Unrecht so viel Schaden und auch Demütigungen eingebracht hat, dann sollten die Staatsmänner der westlichen Welt jetzt endlich einmal innehalten und ihre Haltung dem jüdischen Staat gegenüber überdenken. Israel verdient es, dass bei seiner Beurteilung die gleichen Massstäbe angelegt werden wie bei allen anderen Ländern. Kritik ist erlaubt, aber die Doppelmoral und Heuchelei – gerade im Westen – muss ein Ende haben!

Wenn sie denn ernst gemeint ist, könnte eine solche Läuterung dazu führen, dass die fast schon reflexhafte Ablehnung des Staates Israel ein Ende findet. Dazu braucht es aber Anstand und Mut zur Ehrlichkeit.

Wir Juden verlangen nicht viel vom Rest der Welt, nur das eine: Behandelt uns so, wie ihr selbst von anderen behandelt werden möchtet.

Oder ist das schon zu viel verlangt?

Ronald S. Lauder, 67, ist Präsident des Jüdischen Weltkongresses (WJC).

Eine Wende in Washington

Dem Weissen Haus werden neue Prioritäten aufgezwungen. Von Andreas Ruesch

Nun bleibt den Vereinigten Staaten die Peinlichkeit einer Stilllegung nationaler Ämterstellen also erspart: Die bereits an Zehntausende von Staatsangestellten verschickten Ankündigungen eines Zwangsurlaufs werden hinfällig, die Militärangehörigen erhalten weiterhin pünktlich ihren Sold, und die Parkwächter an der Lincoln-Gedenkstätte, wo sich Präsident Obama am Wochenende publizitätswirksam unter die Touristen mischte, versehen dort ihren Dienst wie immer. Die praktisch in letzter Minute erzielte Einigung im monatelangen Budgetstreit bedeutet, dass der erste «shutdown» staatlicher Behörden seit 15 Jahren ausbleibt und sich die Regierung nach letzten Formalitäten in einigen Tagen endlich auf ein ordentliches Budget für das laufende Haushaltsjahr abstützen kann.

Hemdsärmelig, aber wirksam

Dennoch hinterlässt die epische Auseinandersetzung der Washingtoner Streithähne einen bitteren Nachgeschmack. Was die politischen Führer der Weltmacht Amerika in den vergangenen Monaten boten, war ein unwürdiges Spektakel. Unfähig zu gedeihlicher Zusammenarbeit, haben sie das Land mutwillig an den Rand einer Krise gebracht. Sowohl Republikaner wie Demokraten spielten mit der Drohung, der Verwaltung den Geldhahn abzdrehen und dem Gegner dann die Verantwortung dafür anzulasten. Das ist kein Pokerspiel von Gentlemen mehr, sondern eine Politik der gegenseitigen Erpressung. Seriöse Finanzpolitik sieht anders aus. Auch müssen sich die Exponenten in der Hauptstadt nicht wundern, wenn so das Ansehen der staatlichen Institutionen in den Augen der Bevölkerung weiter sinkt.

Die Demokraten hätten es in der Hand gehabt, diese Konfrontation zu vermeiden. Hätten sie den Staatshaushalt pünktlich im Herbst beschlossen, als sie noch in beiden Kammern des Kongresses solide Mehrheiten besaßen, wäre ihnen das Seilziehen mit den Republikanern, die seit dem Januar das Repräsentantenhaus kontrollieren, erspart geblieben. Wenig überzeugend wirkte auch Obama, der seinen Anspruch, als politischer Brückenbauer aufzutreten, nicht eingelöst hat. Die Schuld daran liegt nicht nur bei ihm, sondern ebenso bei seinen republikanischen Gegnern, die von einer Taktik der Dauerkonfrontation grösseren Nutzen erwarteten als von überparteilicher Kooperation.

Kann angesichts dieses unschönen Schauspiels überhaupt von Siegern gesprochen werden? Eines ist klar: Wäre es zur befürchteten Zwangsschliessung von Behörden gekommen, hätten die Republikaner einen erheblichen Preis bezahlt. Wie beim «shutdown» vor 15 Jahren, aus dem letztlich Präsident Clinton als Nutzniesser hervorging, hätten die Demokraten ihre Gegner als gefährliche Radikalkalins hinstellen können. Doch der republikanische Speaker John Boehner ist ein geschickterer Schachspieler als sein Vorgänger Newt Gingrich. Boehner mimte Kompromisslosigkeit, indem er die Budgetgespräche mit der Abtreibungsfrage verknüpfte, was sich im Nachhinein als reine Verhandlungstaktik entpuppte. Am Schluss holte er auf diese Weise tiefere Budgetkürzungen heraus, als man noch vor wenigen Wochen für möglich gehalten hätte. Die Einsparungen von gut 38 Milliarden Dollar gegenüber dem Budget des Vorjahres oder von 78 Milliarden Dollar gegenüber Obamas anfänglichem Antrag bedeuten zwar noch längst keine Abkehr von der amerikanischen Schuldenmacherei. Aber die Republikaner können nun für sich in Anspruch nehmen, den weitreichendsten Sparbeschluss seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges durchgesetzt zu haben.

Ein Schritt in die richtige Richtung

Mehr noch: Der Kompromiss vom Wochenende leitet eine Wende in der Fiskalpolitik der USA ein. Die Zeit der kostspieligen Konjunkturpakete ist vorbei, der demokratische Traum von permanent erhöhten Staatsausgaben wohl ebenso. Noch vor kurzem war Obama bereit gewesen, gewisse Ausgabenkategorien auf dem jetzigen – hohen – Niveau einzufrieren, und selbst dies erst ab nächstem Jahr. Unter republikanischem Druck wird er nun gezwungen, die Prioritäten zu ändern. Die Botschaft des Budgetkompromisses ist eindeutig – die Haushaltsanierung muss sofort an die Hand genommen werden, und zwar nach republikanischen Vorgaben, durch Einsparungen und nicht durch weitere Steuererhöhungen. Angesichts des Endes der Rezession im Lande ist das ein wichtiger und richtiger Schritt. Und letztlich ist es genau jene Botschaft, die das Volk bei den Wahlen im November den Politikern in Washington aufgetragen hat.

Ethik jenseits von Zwang

Die Ethik gehört ihrem Wesen nach zum Bereich des Freiwilligen. Tugenden lassen sich nicht erzwingen, und allgemeine ethische Standards können in der Gesellschaft nicht durch Zwang und Gesetze angehoben werden. Von Robert Nef

Ethik ist als Marktlücke entdeckt worden, und zwar durchaus im verwirrenden Doppelsinn des Wortes. Man kann einerseits dem Markt, auf welchem materielle Güter und Dienstleistungen getauscht werden, seine ethischen Defizite vorrechnen und andererseits in dieser Marktlücke auf dem Ideenmarkt seine eigenen Vorstellungen anbieten. Die ethische Frage «Was sollen wir tun?» ist tatsächlich zentral. Aber das Defizit liegt wohl weniger in der theoretischen Reflexion als in der täglichen Praxis, und manchmal macht es den Anschein, als müsse das eine das andere ersetzen. «Es gibt nichts Gutes, ausser: Man tut es» (Erich Kästner), und das Gute muss um seiner selbst willen getan werden und nicht, weil es zwingend vorgeschrieben wird. Die Ethik ist eine zu wichtige Sache, als dass man sie den selbsternannten Spezialisten, den Bindestrich-Ethikern und Propagandisten aus allen Sparten der Wissenschaft überlassen dürfte.

Leider werden in der allgemeinen politischen Kritik am Wettbewerb und am Markt als Prinzip und als Ort des Tauschens und Kommunizierens grundlegende Zusammenhänge von Freiheit, Wettbewerb und Lernen zu wenig beachtet. Die Alternative zum Markt ist – positiv ausgedrückt – der «Dienst nach Vorschrift», sei dies nun von Staates wegen oder als Vollzug einer gesellschaftlich sanktionierten ethischen Norm. Fremdbestimmende Vorschriften verleiten zur Umgehung oder Übertretung, und sie bieten einen ständigen Anreiz zur Korruption der Kontrolleure. Ein Leben nach selbstbestimmten ethischen Grundsätzen ist mit Verzichtleistungen verbunden. Das schmerzt gelegentlich, weckt Frustrationen und erzeugt manchmal auch Neid gegenüber jenen, welche von ihrem (aus unserer Sicht) unethischen Verhalten materiell profitieren. Daraus wird schnell einmal gefolgert, jedes hohe Einkommen und jeder grosse Gewinn bei andern sei letztlich unethisch und das eigene bescheidenere Einkommen sei eine direkte Folge von besonders hohen ethischen Ansprüchen,

denen man selbst zu genügen glaubt. Was liegt nun näher, als den eigenen ethischen Standard in den Rang einer zwingenden Vorschrift zu erheben, um damit jene schmerzliche Differenz zu beseitigen, welche die «Ethischen» gegenüber den «Unethischen» («Abzocker» genannt) materiell schlechter stellt? Wer diesen Weg beschreitet, sieht das Heil in einer schrittweisen Überführung ethischer Standards ins zwingende Recht, sei es im Arbeits-, im Umweltrecht oder im Sozialrecht.

Dies ist aber ein gefährlicher Irrweg. Das allgemeinverbindliche und erzwingbare Recht garantiert einen minimalen Sockel an gemeinschaftsverträglichem Verhalten, ein ethisches Minimum, dessen Unterschreitung von Staates wegen bestraft wird. Viele Sozialethiker und ethisch besorgte Politiker glauben nun, sie könnten eine Gesellschaft «ethisch verbessern», indem sie mehr ethisches Verhalten gesetzlich vorschreiben und unethisches Verhalten verbieten und unter Strafe stellen. In einer funktionierenden und prosperierenden offenen Gesellschaft begnügt sich eine Mehrheit von Menschen (allerdings niemals alle!) keinesfalls damit, ihr Leben nur darauf auszurichten, nicht straffällig zu werden.

Es gibt jenseits der Strafvermeidung eine grosse Vielfalt von Motiven und Anreizen, sein Leben auch in ethischer Hinsicht auf die Bedürfnisse anderer auszurichten, freiwillig Verzicht zu üben und freiwillig mehr zu tun, als nur die staatlichen Zwangsnormen zu erfüllen. Der Anreiz für eine frei gewählte ethische Lebenspraxis sinkt aber, wenn der Sockel der staatlich erzwungenen Minimalethik angehoben wird. Zwang zerstört im Bereich der Ethik die Freiwilligkeit. Auch in der Ethik braucht es Wettbewerb. Wenn zu viel an Ethik erzwungen wird, degeneriert das Leben zum «Dienst nach Vorschrift» und zu einem Experimentieren an der Grenze des Erlaubten.

Die Ethik gehört ihrem Wesen nach in den Bereich des Freiwilligen. Tugenden können letztlich

nicht erzwungen werden. Die Meinung, man könne und solle den allgemeinen ethischen Standard in einer Gesellschaft anheben, indem man möglichst viele «schwarze Schafe» durch Gesetze zu einem ethischen Verhalten zwingt, ist weit verbreitet. Sie liegt an der Wurzel verschiedener penderter Initiativen, die sozialen Ausgleich durch Zwang und Reichtumsbesteuerung herbeiführen wollen.

Dahinter steckt im Grunde genommen ein Materialismus, der im Widerspruch steht zu einer Vorstellung, welche auch eine «Ökonomie» jenseits des Materiellen anerkennt. Es gibt auch im Bereich des «lebensdienlichen Verhaltens» einen Wettbewerb, der auf der Privatautonomie beruht. Dessen «Jury» ist allerdings in einer liberalen, offener Bürgergesellschaft nicht ein Gericht oder eine Verwaltungsbehörde, es sind die Beteiligten und die Betroffenen selbst, die das Resultat immer wieder beurteilen und die Konsequenzen ziehen und tragen müssen, sowie eine sensible Öffentlichkeit, die durch freie, ebenfalls konkurrierende Medien informiert wird und so darüber wacht.

Wer sich freiwillig ethisch verhält, sich an selbstgewählten Standards misst oder allenfalls mit Vorbildern wetteifert, braucht nicht ständig auf das ethische Defizit im Verhalten anderer zu schielen und auf das Geld, das möglicherweise dabei verdient wird. Menschen, die ihre ethischen Ansprüche in erster Linie an sich selbst stellen und nicht an andere, sind in der Lage, Frustration und Neidgefühle zu überwinden und auf alle materiellen Kompensationen und – was noch schwerer wiegt – oft auch auf den Anspruch auf Dank und Anerkennung zu verzichten. Sie werden das, was man heute Solidarität nennt, auch mit ihren eigenen Mitteln praktizieren und nicht via staatlichen Zwang mit denen ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Robert Nef präsidiert den Stiftungsrat der Stiftung für Abendländische Ethik und Kultur und des Liberalen Instituts.